

FORDERUNGEN DER GBK AN DIE BUNDESREGIERUNG ZUM NEUEN FUND  
„EDUCATION CANNOT WAIT“

- Die Bundesregierung nennt **Bildungsförderung** im Flucht- und Nothilfekontext als einen zentralen Schwerpunkt ihrer Politik.<sup>i</sup> Um diesem Anspruch gerecht zu werden, reicht es nicht aus, sich allein auf bilaterale Zusammenarbeit zu stützen. Auch multilaterale Initiativen im Bildungsbereich müssen von den Aufwüchsen der Budgets des Auswärtiges Amtes und des BMZ um insgesamt 2,8 Mrd. € zur Bekämpfung von Fluchtursachen profitieren.<sup>ii</sup>
- Auf dem *World Humanitarian Summit* (WHS) im Mai 2016 wird eine neue *Common Platform for Education in Emergencies* unter dem Namen **Education Cannot Wait** ins Leben gerufen. Der Erfolg dieses **multilateralen Fonds** steht und fällt mit dem Engagement der Geber. Darum ist es an der Zeit, die Bedeutung von Bildung in Krisen, Konflikten und auf der Flucht anzuerkennen und den Fonds durch eine ehrgeizige Anschubfinanzierung zu einem effektiven Instrument zu machen, das die Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels 4 entscheidend vorantreibt und bis 2030 den Zugang zu Bildung für *alle* Kinder gewährleistet.
- Wir fordern die Bundesregierung daher auf, entsprechend der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands, den neuen Fonds Education Cannot Wait mit einem der Wirtschaftskraft Deutschlands entsprechenden Beitrag von mindestens **50 Millionen Euro jährlich** aus dem Bundeshaushalt zu unterstützen. Dieser Mindestbetrag soll klar dem Aufbau und der Etablierung der Plattform dienen und muss zusätzlich bereitgestellt werden. Er darf nicht auf Kosten anderer Bereiche der Humanitären Hilfe oder Bildungsinitiativen gehen, wie beispielsweise der **Global Partnership for Education (GPE)**, die mit einem angemessenen **Gesamtbeitrag von 100 Millionen Euro** jährlich finanziert werden sollte.
- Um die skizzierten **Finanzierungslücken** zu füllen und um endlich das 0,7%-Ziel zu erreichen, müssen neue Finanzquellen erschlossen werden. Ein solches innovatives Finanzierungsinstrument ist die geplante Finanztransaktionssteuer (FTS), die dem Bundeshaushalt mindestens 11 Milliarden Euro jährlich einbringen kann.

**Wir fordern die Bundesregierung auf, folgende Anliegen der Zivilgesellschaft zu unterstützen:**

- Als Zivilgesellschaft setzen wir uns für ein starkes Monitoring der bereitgestellten Gelder sowie größtmögliche Transparenz in Hinblick auf die Finanzierung des Humanitären Bereich sowie des Bildungsbereichs ein. Wir befürworten auch hier ein starkes Engagement und Unterstützung der Bundesregierung.
- Mit Blick auf SDG 4 fordern wir einen Fokus der Plattform auf die am meisten benachteiligten Jungen und Mädchen.
- Wir setzen uns ein für effektiv wirksame *Governance* Struktur der Plattform ein, mit mindestens vier zivilgesellschaftliche Vertreter/innen im Board, um eine regionale Vielfalt zu gewährleisten.
- Wir fordern eine Eingliederung der neuen Plattform in die bereits bestehenden Strukturen der GPE nach einem Jahr der Interimsphase bei UNICEF sowie einen umfassenden Transitionsplan, der die Übergänge und Verantwortlichkeiten klar regelt.

---

<sup>i</sup> Antwort auf Kleine Anfrage 18/7622: „In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode werde sie im Bildungsbereich einen Schwerpunkt auf die Unterstützung von Flüchtlingen legen, führt die Bundesregierung weiter aus. So wolle sie in den Hauptaufnahmeländern von Flüchtlingen die Schulbildung für Kinder und die Ausbildung für Jugendliche unterstützen.“

<sup>ii</sup> BMF zu Eckwerten im März 2016: Entwicklungszusammenarbeit: Überwiegend zur Bekämpfung von Fluchtursachen werden die Ausgaben des AA und des BMZ um insgesamt Mrd. 2,8 Mrd. € erhöht - zusätzlich zu dem bereits deutlichen Anstieg der vergangenen Jahre („2 Mrd. €-Paket für ODA“ aus dem Koalitionsvertrag, weitere Aufstockung um mehr als 8,3 Mrd. € mit dem Beschluss zum Finanzplan 2016 bis 2019). Der BMZ-Haushalt steigt um 548 Mio Euro auf 7,955 Milliarden in 2017.